



Bauspar-Initiative

Am 17. Juni wird über die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» abgestimmt. Die Vorlage fördert eine typisch schweizerische Tugend: Das Sparen zu Gunsten der Vorsorge und der Familie.

Mehr dazu auf

Seite 3



Staatsverträge vors Volk

Mit der Staatsvertragsinitiative soll das obligatorische Referendum für

Staatsverträge ausgeweitet und somit die Demokratie und Mitbestimmung in der Aussenpolitik gestärkt werden.

Mehr dazu auf

Seite 4



«Managed Care»

Die Änderung des Krankerversicherungsgesetzes wurde in der SVP kontrovers diskutiert. Die Vorlage verlangt die Förderung des sog. «Managed Care»-Modells und eine Anpassung des Risikoausgleichs.

Mehr dazu auf

Seite 5

Auf in den Abstimmungskampf!



Rudolf Joder,
Nationalrat und
Parteipräsident, Belp

Am 23. September findet die Wiederholung der Abstimmung über die Senkung der Motorfahrzeugsteuern statt. Am gleichen Datum müssen wir uns zudem gegen die Einführung von Zwangsfusionen bei Gemeinden zur Wehr setzen. Bei beiden Ab-

stimmungen steht die SVP ziemlich alleine da. Dennoch wollen wir beide Vorlagen gewinnen. Also bleibt nur eines: auf in den Abstimmungskampf!

Gegen die Aushöhlung der Demokratie

Am 25. April hat das Bundesgericht die Beschwerde der SVP Kanton Bern gegen die Wiederholung der Volksabstimmung betreffend Senkung der Motorfahrzeugsteuern abgelehnt. Eine echte Begründung gibt es nicht. Das Bundesgericht argumentiert formaljuristisch und verweist auf seine Praxis aus dem Jahr 2009. Damals entschied das oberste Gericht, dass ein knappes Abstimmungs- und Wahlergebnis rechtlich gleich zu behandeln sei wie vermutete Unregelmässigkeiten bei Abstimmungen und Wahlen. Dies ist absolut falsch. Knappe Resultate gehören zur Demokratie, Unregelmässigkeiten dagegen sind Rechtsverletzungen. Die neue Praxis des Bundesgerichtes bedeutet,

dass jedermann bei knappen Resultaten Beschwerde führen kann bei allen Abstimmungen und Wahlen, in allen Gemeinden, Kantonen sowie auf Bundesebene und eine Nachzählung verlangen kann, auch wenn kein Verdacht auf Unregelmässigkeiten besteht!

Mit dieser Praxis des Bundesgerichtes hätte z.B. bei den Nationalratswahlen 2003 in 9 Kantonen nachgezählt werden müssen, was nicht praktikabel ist. Es wird auch nicht gesagt, wann ein Resultat knapp ist. Damit ist der Willkür Tür und Tor geöffnet. Die Praxis des Bundesgerichtes schwächt und untergräbt das Vertrauen in unsere Demokratie. Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Ich habe deshalb bei der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates eine parlamentarische Initiative eingereicht. Mit dieser verlange ich, dass in Zukunft nur und ausschliesslich nachgezählt werden darf, wenn begründete Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen, und

STAND



Kampagnen und Prioritäten

Eine bemerkenswerte Propagandawalze rollt seit Wochen über das Land, über die Plakate und die Briefkästen und sogar via Filmchen im Internet. Schweizer Kreuze sind allgegenwärtig. Nein, es ist keine SVP-Kampagne. Es ist auch nicht eine Kampagne der AUNS. Es ist die Kampagne GEGEN die AUNS bzw. gegen die Staatsvertragsinitiative. «Gut kopiert im Stil» ist man versucht zu sagen. Die Angst vor einem Erfolg der SVP und der AUNS muss riesig sein, wenn so viel Geld in eine Kampagne gegen die Initiative gesteckt wird.

Angesichts der teuren Kampagne des Wirtschaftsdachbunds gegen die AUNS-Kampagne können einem schon leise Zweifel über die Prioritätensetzung kommen. Es wäre schön gewesen, wenn die Economiesuisse sich ebenso vehement gegen die Zweitwohnungsinitiative eingesetzt hätte, denn auch die lokalen Gewerbetler, die jetzt unter der Initiative leiden, sind Teil der Wirtschaft.

Aliko Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern

nicht bloss auf Grund eines knappen Resultats. Diese parlamentarische Initiative wird aber bis am 23. September nicht wirksam sein. Deshalb müssen wir noch einmal alles unternehmen, damit wir ein zweites Mal gewinnen und die Motorfahrzeugsteuern definitiv um 120 Millionen Franken gesenkt werden!

Einstehen für die Gemeindeautonomie

Am 28. März hat der Grosse Rat auf Antrag der Regierung beschlossen, ins Mittelalter zurückzukehren und im Bernerland Zwangsehen für Gemeinden einzuführen. Mit einem neuen Verfassungsartikel soll festgelegt werden, dass der Grosse Rat den Zusammenschluss von Gemeinden auch gegen deren Willen anordnen kann. Gleichzeitig wurde entschieden, dass nach dem Grundsatz «Bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt» bei renitenten Gemeinden deren Guthaben aus dem kantonalen Finanz- und Lastenausgleich ganz oder teilweise gestrichen werden kann. Das ist Demokratie und der Respekt vor dem Volkswillen im Kanton Bern im Jahr 2012!

Als Begründung wird einzig darauf hingewiesen, dass die Zahl der Bernischen Ge-

meinden bis zum Jahr 2017 um 100 reduziert werden müsse. Bis jetzt war man in der Schweiz sehr zurückhaltend mit Zwangsfusionen. Lediglich sechs kleine Tessiner Gemeinden und eine Walliser Gemeinde wurden gegen ihren Willen zusammengeschlossen.

Es kann nicht Sache der Regierung und des Grossen Rates sein, sondern ausschliesslich der Gemeindebürgerinnen und -bürger, zu beurteilen und zu entscheiden, ob sie mit den Dienstleistungen, dem Service public und der Finanzsituation ihrer Gemeinde zufrieden sind, oder ob auf politischem Weg Korrekturen vorzunehmen sind. Nach dem Angriff auf die Amtsbezirke und der Abschaffung der Bezirksverwaltungen erfolgt jetzt der Angriff auf die Gemeinden. Diese müssen wir mit ihrer Autonomie und ihrem Selbstbestimmungsrecht erhalten und verteidigen.

Alle Parteimitglieder sind aufgefordert, im Hinblick auf diese Abstimmungen vom 23. September den Kampf aufzunehmen.

Herzlichen Dank für die Mithilfe und Unterstützung!

Rudolf Joder

Freiwilliger Abobeitrag und Abstimmungskampf

In dieser Ausgabe des Berner Journals finden Sie einen Einzahlungsschein für einen freiwilligen Abobeitrag. Wir freuen uns, wenn Sie den Einzahlungsschein zudem für eine Spende an die bevorstehenden Abstimmungskämpfe gegen den Fusionszwang und für tiefere Motorfahrzeugsteuern nützen.

Herzlichen Dank für Ihre Spende.

Betriebsferien Parteisekretariat

Bitte beachten Sie, dass das Parteisekretariat vom **23. Juli bis 29. Juli** (Woche 30) geschlossen ist.

Bestellen Sie allenfalls in dieser Woche benötigtes Material rechtzeitig!

Gerne stehen wir Ihnen ab dem 30. Juli wieder zur Verfügung.

Nachfolge von Parteipräsident Rudolf Joder

Am 15. Mai 2012 hat Rudolf Joder informiert, dass er aufgrund der Verdoppelung der Arbeitsbelastung bei der nationalrätlichen Kommissionsarbeit als SVP-Kantonalpräsident zurücktritt. Der Rücktritt von Rudolf Joder und die Wahl seiner Nachfolgerin resp. seines Nachfolgers erfolgt anlässlich der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 2012.

Zur Vorbereitung der Nachfolge hat der Parteivorstand am 21. Mai 2012 das Anforderungsprofil verabschiedet und eine Findungskommission eingesetzt mit dem Auftrag, in Zusammenarbeit mit den Wahlkreisen einen Wahlvorschlag zu erarbeiten. Die Findungskommission setzt sich zusammen aus Grossrat und Vizepräsident Fritz Reber (Präsident der Findungskommission), Grossrätin und Vizepräsidentin Käthi Wälchli, Grossrat und Fraktionschef Peter Brand sowie Nationalrat Hansruedi Wandfluh.

Der auf Grund der Gespräche mit den Wahlkreisen konsolidierte Vorschlag der Findungskommission wird der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober zur Wahl unterbreitet.



**Seit 100 Jahren
bärenstark für den
Service Public.**

100 Jahre
BSPV

Der Bernische Staatspersonalverband (BSPV) vertritt seit 100 Jahren die Angestellten des Kantons Bern. Wir kämpfen für fortschrittliche Arbeitsbedingungen, für faire Löhne und für sichere Renten. Für das gesamte Kantonspersonal. Engagiert. Solidarisch. Zukunftsorientiert.

Nur gemeinsam sind wir bärenstark.
Treten auch Sie bei!

www.bspv.ch

Der starke Personalverband

Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»



Adrian Amstutz,
Nationalrat, Sigriswil

Die Initiative, die am 17. Juni 2012 vors Volk kommt, ist ausgereifter und besser als die im März abgelehnte Vorlage. Sie beschränkt sich auf das Wesentliche. Der maximale Bausparabzug liegt nicht mehr bei 15'000 Franken, sondern nur noch bei maximal 10'000 Franken pro Person und Jahr. Tatsache ist: Die Initiative fördert den

Mittelstand und junge Familien. Das hat auch das Parlament gemerkt. Im Nationalrat fand die Initiative eine gute Mehrheit.

Für den Mittelstand

Wer in der Schweiz Wohneigentum möchte, muss die nötigen Eigenmittel haben. Mit der Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» wird vor allem dem Mittelstand das Ansparen von Eigenkapital erleichtert. Dass vom Bausparen vorwiegend der Mittelstand profitiert, zeigen die Erfahrungen im Kanton Baselland, dem bisher einzigen Kanton, der das Bausparen bereits eingeführt hat. 71% der dortigen Bausparer haben ein steuerbares Einkommen von weniger als 100'000 Franken. Auf die Schweiz hochgerechnet heisst dies, dass rund 1,2 Mio. Mieterhaushalte der Zielgruppe der Initiative angehören.

Für Familien

Von der Initiative profitieren vor allem Familien mit Kindern. Sie können sich dank dem steuerbefreiten Sparen eine sichere Zukunft in eigenen vier Wänden aufbauen, ohne ihre Altersvorsorge zu belasten. 44% der Bausparer sind junge Familien mit Kindern. Das Durchschnittsalter von Bausparern liegt bei 42 Jahren.

Für Mieter

Wohneigentum gibt Sicherheit, sorgt für Geborgenheit und Zufriedenheit. Rund 80% der Schweizerinnen und Schweizer würden denn auch gerne in ihren eigenen vier Wänden leben. Doch nur 39% besitzen in der Schweiz Wohneigentum. So wenig wie sonst nirgends in Europa. Genau das möchte die Initiative ändern. Weil nur für den erstmaligen Erwerb von Wohneigentum steuerliche Abzüge gemacht werden

können, profitieren ausschliesslich Mieterinnen und Mieter von der Initiative.

Für Gewerbe

Die Initiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» bringt unserem Gewerbe neue Aufträge und schafft somit Arbeitsplätze im Inland. Eine aktuelle Studie geht von einem wiederkehrenden Auftragsvolumen von rund einer halben Milliarde Franken jährlich aus. Zudem könnten damit rund 5'000 Vollzeitstellen geschaffen werden. Dadurch profitiert schliesslich auch der Staat, denn mittelfristig ist über alle Ebenen betrachtet sogar mit zusätzlichen Steuereinnahmen zu rechnen.

Adrian Amstutz



Initiative populaire «Accéder à la propriété grâce à l'épargne-logement»

L'initiative sur laquelle l'électorat se prononcera le 17 juin 2012 est plus mûrie et nettement meilleure que le projet qui a été rejeté en mars dernier. Elle va à l'essentiel. La déduction maximale pour l'épargne-logement n'est plus de 15'000 francs, mais de 10'000 francs max. par personne et par an. Elle encourage la classe moyenne et les jeunes familles à devenir propriétaire de leur propre logement. Le parlement l'a aussi constaté. Le Conseil national l'a voté à une bonne majorité.

Pour la classe moyenne

Pour accéder à la propriété de son propre logement, il faut en assurer le financement.

Cette facilité d'épargner est offerte à la classe moyenne avec l'application de l'initiative «Accéder à la propriété grâce à l'épargne-logement». Ceci se démontre d'ailleurs à l'exemple de Bâle-Campagne, unique canton actuellement à avoir introduit «l'épargne-logement». 71% des épargnants pour leur logement ont un revenu imposable de moins de 100'000 francs. Extrapolé à la Suisse, ce sont quelque 1,2 million de ménages-locataires qui sont concernés.

Pour les familles

Ce sont surtout les familles avec enfants qui bénéficient de l'épargne-logement. Elles peuvent acquérir leur loge-

ment grâce à cette épargne non fiscalisée sans toucher à leur capital vieillesse. 44% des épargnants sont des jeunes ménages avec enfants. L'âge moyen des épargnants est de 42 ans.

Pour les locataires

Dans ses propres murs, on sent en sécurité, à l'abri, ce qui apporte plénitude et satisfaction. Si 80% des Suisses et des Suisses ASPIRENT à vivre dans leur propre logement, ils ne sont que 39% à voir leur rêve se réaliser. Le taux le plus bas de toute l'Europe. Le but de cette initiative est un renversement de la situation. Comme les réductions fiscales ne sont possibles que pour acquérir son

premier logement, seuls les locataires peuvent profiter des avantages de cette initiative.

Pour l'artisanat

Par le biais de l'initiative «Accéder à la propriété grâce à l'épargne-logement», l'artisanat reçoit de nouveaux contrats et il s'en suit la création d'emplois en Suisse. Dans une étude récente, on avance le chiffre d'un demi-milliard de francs de contrats qui se renouvellent régulièrement. On compte avec la création de quelque 5'000 emplois à temps complet. Finalement, l'État profitera aussi à moyen terme à tous les niveaux et pourra même compter avec de nouvelles recettes fiscales.

«Staatsvertrags-Initiative»



Andreas Aebi,
Nationalrat, Alchenstorf

Das «Erfolgsmodell Schweiz» basiert auf der weltweit einmaligen direkten Demokratie. Die Initiative will dieses System nicht schwächen, sondern in einer Zeit zunehmender Unsicherheiten stärken.

Momentan bestehen folgende Mitsprachemöglichkeiten bei Staatsverträgen:

- **Obligatorisches Referendum** für Verträge, die den Beitritt zu einer Staatengemeinschaft (bspw. EU) oder den Anschluss an eine Organisation der kollektiven Sicherheit (bspw. NATO) mit sich bringen. Über diese Verträge stim-

men Volk und Stände also in jedem Fall ab.

- **Fakultatives Referendum** für Verträge, die unbefristet und unkündbar sind, die genauso wichtige Regeln enthalten wie ein Gesetz oder neue Gesetze erfordern. Abgestimmt wird, wenn mindestens 50'000 Stimmberechtigte oder acht Kantone dies verlangen.

- Die übrigen Staatsverträge unterstehen nicht dem Referendum.

Die Staatsverträge gehören zum politischen Alltag, die Schweiz schliesst jährlich rund 500 ab. Solche ohne besondere Tragweite dürfen Bundesrat und Bundesverwaltung selber abschliessen. Bei 20 bis 40 Verträgen entscheidet die Bundesversammlung, weil darin bedeutende Fragen geregelt werden. Rund 20 davon werden schliesslich dem fakultativen Referendum unterstellt.

Die Initiative will das obligatorische Referendum ausweiten. Betroffen wären folgende Staatsverträge:

1. Verträge, in denen mindestens drei Staaten einheitliche Regeln für bedeuten-

de Fragen vorschreiben («multilaterale Rechtsvereinheitlichung»).

2. Verträge, in denen sich die Schweiz verpflichtet, ausländisches Recht automatisch zu übernehmen.
3. Verträge, mit denen die Schweiz ein internationales Gericht akzeptiert.
4. Verträge, welche zu wiederkehrenden Ausgaben von über 100 Mio. CHF pro Jahr oder zu einer einmaligen Zahlung von über 1 Mia. CHF führen.

Laut Initiative gilt für die ersten drei Gruppen das obligatorische Referendum nur bei Verträgen in einem «wichtigen Bereich».

Offenbar hat auch der Bundesrat erkannt, dass das geltende Staatsvertragsreferendum für kommende politische Auseinandersetzungen nicht mehr ausreicht. Er lehnt die Initiative zwar ab, erarbeitete aber einen direkten Gegenvorschlag. Das Parlament trat indes nicht darauf ein.

Obschon National- und Ständerat die Initiative ablehnen, sprechen folgende Gründe für die Initiative:



- Die Aussenpolitik wird so aktiv mitgestaltet.
- Der Gegenentwurf des Bundesrates zeigt, dass auch dieser den Handlungsbedarf sieht.
- Die Definition betreffend «wichtige Bereiche» wird nicht so schwierig sein.
- Die Europafrage wird immer komplexer und wegweisender (Stichwort «Institutionelle Lösungen mit der EU»), der Souverän sollte also etwas dazu sagen können.

Ich bitte Sie mit Überzeugung, die Initiative anzunehmen.

Andreas Aebi

«Accords internationaux : la parole au peuple»

Le «modèle à succès suisse» se fonde sur une démocratie directe d'un genre unique au monde. Aucun autre peuple au monde ne peut participer à autant de décisions politiques concrètes que les Suisses. L'initiative ne veut pas affaiblir ce système mais renforcer de manière judicieuse la démocratie en politique extérieure.

Quel sont les possibilités aujourd'hui:

- Si le traité prévoit l'adhésion à une organisation de sécurité collective telle que l'OTAN ou à une communauté supranationale telle que l'UE, il y a obligatoirement votation. La double majorité du peuple et des cantons est requise.

– Le peuple vote également sur l'adhésion à une organisation internationale ou sur des traités internationaux ayant une influence directe sur les droits et les obligations de la population de notre pays lorsque 50'000 citoyens ayant le droit de vote ou huit cantons en font la demande.

– Dans tous les autres cas, c'est le parlement ou le Conseiller Fédéral ou bien un département ou une direction qui décide.

L'initiative sur les accords internationaux souhaite que les traités internationaux importants soient impérativement soumis au référendum obligatoire. Les contrats importants doivent faire l'objet d'une votation s'ils

– impliquent une unification multilatérale des droits,

– impliquent la reprise automatique de droits étrangers

– nous contraignent à nous soumettre à des cours de justice étrangères,

– entraînent de nouvelles dépenses uniques de plus d'un milliard de francs, ou de nouvelles dépenses récurrentes de plus de 100 millions de francs.

Pourquoi une participation plus large du peuple serait-elle nuisible à la politique étrangère? En votant Oui, on renforce la crédibilité des politiciennes/politiciens suisses en politique extérieure.

Je soutiens l'initiative bien que le Conseil National et le Conseil des Etats l'ont rejeté parce que

- l'initiative nous donne la possibilité de codécision sur les questions de politique extérieure,
- le Conseil Fédéral voit la nécessité du droit de participation dans ce domaine, puisqu'il a discuté sur un contre-projet,
- les citoyens suisses peuvent parfaitement évaluer des accords internationaux et ils votent de manière compatible avec les besoins de l'économie

Je vous prie de soutenir cette initiative.

«Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care)»



Albert Rösti,
Nationalrat, Uetendorf

Bei der obligatorischen Krankenversicherung kann heute zwischen verschiedenen Modellen gewählt werden. Je nach Modell ändern sich die Prämien. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung sollen die Anforderungen an eines dieser Modelle, jenes der integrierten Versorgung (Managed Care), festgelegt werden. Dieses Modell sieht den Zusammenschluss medizinischer Fachpersonen vor, die den Versicherten eine umfassende koordinierte Betreuung bieten. Der Zusammenschluss bezweckt, die medizinische Versorgung während der ganzen Be-

handlung zu koordinieren. Die Patient/-innen werden im Versorgungsnetz während der ganzen Behandlung betreut, auch wenn mehrere Ärztinnen und Ärzte oder weitere Leistungserbringer ausserhalb des Versorgungsnetzes konsultiert werden müssen.

Ein solches Versorgungsnetz soll einerseits dank der Koordination innerhalb des Netzwerkes zu einer höheren Qualität beitragen. Andererseits sollen durch die Nutzung von Synergien auch die Kosten gesenkt werden. Heute ist die Behandlung von Versicherten, die nicht in einem Netzwerk sind, nicht koordiniert. Statt vom Hausarzt an den richtigen Spezialisten gewiesen zu werden, werden oft verschiedenste Konsultationen unkoordiniert in Anspruch genommen.

Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes strebt an, flächendeckend den Ausbau von Managed Care-Angeboten als Standardmodelle der sozialen Grundversicherung einzuführen. Als Anreiz für den Eintritt in ein solches Modell soll ein geringerer Selbstbehalt eingeführt werden. Zu-

dem sollen die Leistungserbringer eine Budgetmitverantwortung tragen und somit neben der medizinischen auch in die wirtschaftliche Verantwortung einbezogen werden. Die Leistungserbringer haben somit alles Interesse, Doppelspurigkeiten zu vermeiden und die Abläufe zu optimieren, weil Nachbehandlung und ineffiziente Abläufe mindestens teilweise zu ihren Lasten gehen. Insgesamt verspricht man sich somit auch eine gewisse Entlastung beim Prämienwachstum.

Als weitere Änderung des Gesetzes erhält der Bundesrat die Kompetenz, den sogenannten Risikoausgleich weiter zu verfeinern.

Zusammenfassend steht bei der Managed Care-Vorlage die Erwartung einer höheren Qualität bei tieferen Kosten, einer leichten Einschränkung der freien Arztwahl aufgrund des neuen Anreizsystems mit unterschiedlichen Selbsthalten gegenüber. Vor diesem Hintergrund bringt die Vorlage keine grossen Änderungen, geht aber in die richtige Richtung, nämlich einer Kostensenkung im Gesundheitswesen.

Albert Rösti

Abstimmung vom 17. Juni 2012 Parolen der SVP Kanton Bern

Volksinitiative «**Eigene vier Wände dank Bausparen!**!»: **JA** (mit grossem Mehr bei 11 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen)

Volksinitiative «**Für die Stärkung der Volksrechte in der Außenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)**»: **JA** (mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen)

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Managed Care): **NEIN** (mit 120 Stimmen bei 103 Ja-Stimmen und 12 Enthaltungen)

Modification de la loi fédérale sur l'assurance-maladie (Réseaux de soins / Managed Care)

Actuellement, l'assuré peut choisir entre différents modèles d'assurance-maladie. Le montant de la prime varie en fonction du modèle choisi. Avec la modification proposée, les exigences de qualité à un de ces modèles, celui des soins intégrés (Managed Care), sont fixés dans la loi. Le modèle des réseaux de soins intégrés prévoit un suivi coordonné à large échelle par le personnel médical qualifié. Les fournisseurs de prestations médicales s'assemblent dans le but de coordonner globalement les soins. Les assurés sont suivis pendant tout le traitement même si plusieurs médecins ou prestataires de soins doivent être consultés hors du réseau.

Un tel réseau vise à garantir la qualité par la coordination et la concertation au sein du réseau. D'autre part, les coûts devraient diminuer grâce à une utilisation optimisée des synergies. Actuellement le traitement des assurés qui ne sont pas intégrés dans un réseau n'est pas coordonné dans l'assurance obligatoire. Au lieu que le médecin de famille envoie le patient au spécialiste adéquat, l'assuré consulte divers médecins sans que les diagnostics soient coordonnés entre eux.

Le législateur propose d'introduire une offre généralisée de réseaux pour toute la Suisse comme modèle standard de l'assurance sociale de base.

Pour inciter à adhérer à un tel modèle, une franchise moins élevée est introduite. Il est en outre prévu que les prestataires de soins portent une partie de la coresponsabilité budgétaire; ils sont ainsi intégrés aussi bien dans la responsabilité médicale qu'économique. Les prestataires ont donc tout intérêt à éviter des doublons et à optimiser les processus parce que tout suivi médical ou processus inefficace se fait aussi partiellement à leur détriment. On espère donc que le processus des soins intégrés freinera la croissance des primes des caisses-maladie. En outre, le projet contient une autre modification: le Conseil fédéral est habilité à améliorer la compensation des risques entre

les assurés et donc le paiement compensatoire pour les assureurs qui ont de nombreux assurés avec un grand risque de maladie.

En conclusion, le projet Managed Care répond aux besoins d'une qualité plus élevée avec des coûts plus bas, une légère limite du choix libre du médecin sur la base du nouveau système d'incitation avec différents niveaux de franchise. Dans cette optique, les changements apportés dans ce projet ne sont pas énormes, mais ce projet va dans la bonne direction puisqu'il vise à une réduction des coûts de la santé.

Wichtige Abstimmungen im Herbst: Nein zu Zwangsfusionen



Fritz Reber
Grossrat, Schangnau

Am 23. September 2012 wird über drei Vorlagen abgestimmt, die für die Zukunft unseres Kantons zentral sind. Eine davon ist die Vorlage über Zwangsfusionen, gegen die wir entschlossen und flächendeckend antreten müssen.

Die Vorlage über Zwangsfusionen beinhaltet Änderungen der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes, die es ermöglichen würde, dass Gemeinden auch gegen den Willen der Gemeindebevölkerung zu Fusionen gezwungen werden könnten. Die SVP unterstützt Gemeindefusionen, lehnt aber jeglichen Zwang in dieser Richtung ab. Es braucht auch keine weitergehenden Massnahmen zur Förderung von Gemeindefusionen, denn die aktuellen gesetzlichen Grundlagen, insbesondere das 2005 in Kraft getretene Gemeindefusionsgesetz, bieten genügend Anreize für freiwillige Fusionen. Gemeinden sollen nur dann fusionieren, wenn sie bzw. die Bürgerinnen und Bürger selbst zur Erkenntnis kommen, dass dies für sie das Richtige ist. Gemeindefusionen können sinnvoll sein, sind aber kein Allheilmittel. In etlichen Fällen wurden denn auch Fusionen abgelehnt, und zwar durchwegs aus nachvollziehbaren Gründen. Gemeindefusionen durch

Zwang sind somit der falsche Weg. Die SVP hat sich deshalb bereits in der Vernehmlassungsphase und im Grossen Rat entschieden gegen Zwangsfusionen eingesetzt.

Auflagen verringern statt Gemeinden zwangsverheiraten

Es ist ein Irrtum zu meinen, grössere Gemeinden würden ihre Aufgaben automatisch besser erfüllen als kleine. Viele kleine Gemeinden funktionieren hervorragend. Nicht die zu kleine Gemeindegrosse ist also die Ursache dafür, dass manche Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können. Der Grund liegt vielmehr bei den immer neuen Auflagen seitens des Kantons. Es ist deshalb eine Illusion zu glauben, dass die Steigerung der Grösse von Gemeinden durch Fusionen a priori zu einer Kostenersparnis oder zu besseren Leistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern führt. Kleine Gemeinden erbringen viele Leistungen ehrenamtlich und vor allem unbürokratisch und somit rascher. Mit den ständig neuen Auflagen werden sie jedoch in Bedrängnis gebracht und sehen sich gezwungen, beratende Dienstleistungen einzukaufen. Dies wirkt kostentreibend auf die Gemeinden. Der Kanton sollte also die Gemeinden von Auflagen befreien, anstatt sie zu Fusionen zu zwingen.

Kein Missbrauch des Finanz- und Lastenausgleichsgesetzes (FILAG)

Der Grosse Rat hat nicht nur entschieden, dass Gemeinden gegen ihren Willen fusionieren sollen, sondern er hat sogar Strafmassnahmen für Gemeinden geschaffen, die sich der Aufnahme von Fusionsabklärungen oder einem Gemeindefusionsabschluss widersetzen. Solchen Gemeinden können Leistungen aus dem Finanzausgleich gekürzt oder so-

gar verweigert werden. Dagegen hat sich die SVP entschieden gewehrt, denn es kann nicht angehen, dass einer Gemeinde, die sich gegen eine Fusion entschieden hat, Beiträge gekürzt werden. Das FILAG als ein Instrument des Ausgleichs darf nicht als Zwangsmassnahme zur Durchsetzung von Zielen des Regierungsrats missbraucht werden.

Keine weitere Schwächung von Gemeindeautonomie und Demokratie

Mit der Möglichkeit, Zwangsfusionen durchzusetzen, würde die wichtige und in der Kantonsverfassung auch festgehaltene Gemeindeautonomie eingeschränkt. Zu befürchten ist, dass der Fusionszwang nur der erste Schritt zur vollständigen Aufhebung der Bestandesgarantie der Gemeinden wäre. Zudem würde das bewährte demokratische System ausgehebelt, wenn Gemeinden gegen den Willen der Bevölkerung gezwungen würden, zu fusionieren. Fusionen sollen nicht von oben aufgezwungen werden, sondern von unten wachsen. Beratungen und Appelle an die Vernunft sind da der bessere Weg.

Eine Zwangsfusion würde von der Bevölkerung nie mitgetragen. Eine Fusion bedingt das Verständnis von allen beteiligten Gemeinden, sei es bei der Vereinheitli-

chung der Schulreglemente oder der Reorganisation der Sozialhilfe oder des Sozialwesens. Es grenzt ans Unmögliche, solch schwierige Prozesse mit einer zwangsfusionierten und somit unwilligen Gemeinde durchzuführen.

Auch starke Gemeinden wären betroffen

Nicht nur kleine, auch grosse und starke Gemeinden wären die Leidtragenden von Zwangsfusionen. Bildlich gesprochen müsste für die bedürftige Braut ein starker Bräutigam gefunden werden, denn aus zwei armen Gemeinden entsteht noch keine reiche. Uetendorf lehnte aus diesem Grund eine Fusion mit umliegenden Gemeinden ab: die Fusion hätte zu einer Erhöhung des Steuerfusses von Uetendorf um ganze drei Zehntel geführt! In einem anderen Fall wäre eine Gemeindefusion beinahe gescheitert, weil die stärkere Gemeinde die Altlasten der schwächeren Gemeinde nicht übernehmen wollte. Die Fusion kam schliesslich nur dank dem kantonalen Finanzausgleich zustande.

Ich rufe Sie alle auf: Klären Sie jetzt schon möglichst viele Leute darüber auf, um was es am 23. September geht! Nur wenn wir alle Kräfte mobilisieren, gewinnen wir im Herbst!

Fritz Reber



Kehrlis Bedachungen AG

**STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN**

Gerbergasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 30 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

Die Motorfahrzeugsteuer endlich spürbar senken!



Manfred Bühler,
Grossrat, Cortébert

Am 13. Februar 2011 hat das Berner Stimmvolk mit einem zwar knappen, jedoch von keinen Unregelmässigkeiten geprägten Mehr den Volksvorschlag für die Revision des Motorfahrzeugsteuergesetzes angenommen. Wir wissen alle, dass unzufriedene politische Gegner diesen Volkssentscheid in Frage gestellt und den Rechtsweg eingeschaltet haben. Nach einigen juristischen Auseinandersetzungen findet nun am 23. September 2012 eine neue Abstimmung statt.

Es gilt nun, den weisen Volkssentscheid vom 13. Februar 2011 zu bestätigen. Einerseits bleibt der Volksvorschlag die weitaus bessere Variante. Die vorgesehene generelle Senkung von 33% der Steuer ist für jeden Haushalt, welcher auf ein oder mehrere Fahrzeuge angewiesen ist, spürbar. Die 6% Reduktion der Vorlage des Grossen Rates sind hingegen wie ein Wassertropfen auf einem heissen Stein. Der Kanton Bern nimmt im interkantonalen Vergleich praktisch den letzten Platz ein, weil die Motorfahrzeugsteuer fast nirgends teurer ist. Diese Situation können wir mit der Annahme des Volksvorschlages ändern. Zudem ist zu beachten, dass der Volksvorschlag einen zeitlich unbeschränkten Bonus für weniger umweltbelastende Fahrzeuge vorsieht. Die Vorlage des Gros-

sen Rates sieht hingegen einen zeitlich limitierten Bonus vor, wobei die Mehrbelastung der nicht-umweltfreundlichen Autos (also der Malus) zeitlich unbeschränkt wäre!

Andererseits gilt es den Volkssentscheid vom 13. Februar 2011 auch zu bestätigen, weil die Wiederholung der Abstimmung nicht fair ist. Es gab kein Zeichen von Unregelmässigkeiten anlässlich der ersten Abstimmung. Die politischen Gegner, welche die Abstimmung verloren haben, konnten nur dank einer fragwürdigen Praxisänderung des Bundesgerichts auf dem Rechtsweg den Entscheid in Frage stellen. Dies ist nicht nur ein Zeichen, dass die unterlegene Minderheit nicht demokratisch denkt, sondern auch, dass man den Abstimmungsbüros in den Gemeinden nicht vertraut, was eigentlich ein Affront ist. Dabei wird unsere Demokratie in der ganzen Welt als Vorbild gelobt! Auch aus diesem Grund muss der Entscheid vom 13. Februar 2011 an der Urne bestätigt werden. Schliesslich ist die Souveränität des Volks eines der wertvollsten Güter unseres Landes.

Die SVP hat sich immer für die Beachtung des Volkswillens eingesetzt. Aus diesem Grund sagen wir nach wie vor JA zum Volksvorschlag, NEIN zur Vorlage des Grossen Rates und bevorzugen den Volksvorschlag bei der Stichfrage.

Manfred Bühler



Einige Gedanken zum Bundesgerichtsurteil:

- Das Bundesgericht wählt als Ausgangspunkt die Feststellung, dass hier gemäss seiner Nachzählungsrechtsprechung die Vermutung besteht, die Ermittlung des Volkswillens könnte aufgrund des äusserst knappen Resultats/Stimmenverhältnisses unzutreffend sein, weshalb dieses zu verifizieren ist. Wir sprechen also von einer **blossen Vermutung**, die nun, da die Nachkontrolle ausgeschlossen ist, dazu führt, dass eine durchgeführte Volksabstimmung obsolet ist und das Stimmvolk zur genau gleichen Vorlage nochmals bemüht werden muss. Solche hypothetischen Überlegungen mit derart weitreichenden Konsequenzen sind unhaltbar und abträglich für das Vertrauen in die Demokratie. Im Klartext wird nun vielleicht eine Abstimmung wiederholt, deren erstes Ergebnis zwar knapp, aber richtig und korrekt ermittelt worden ist.
- Die Wiederholung der Abstimmung unter völlig geänderten Rahmenbedingungen ist, wie das Bundesgericht attestiert, «nicht unproblematisch» oder besser höchst problematisch bzw. willkürlich. Und trotzdem soll genau dies nun gemacht werden?
- Das Bundesgericht weist daraufhin, dass auf eine Abstimmungswiederholung aus gewichtigen Gründen verzichtet werden kann. Es nennt als Beispiele klare Hinweise auf Manipulationshandlungen, um die Wiederholung zu erzwingen oder die völlige Unverhältnismässigkeit der Wiederholung bzw. wenn diese mit den Anliegen der Rechtssicherheit nicht in Einklang zu bringen wäre.
- Im Gegensatz zum Bundesgericht ist die SVP Kanton Bern klar der Auffassung, dass solche besonderen Umstände bzw. gewichtigen Gründe eben gerade vorliegen: a) Auslöser dieser Wiederholung waren rechtswidrige Handlungen des Gemeinwesens selber (Stimmzettelnichtung); b) Kosten der Initianten und Unterstützter des Volksvorschlages; c) Kosten der Abstimmungswiederholung; d) während zwei Jahren Bezahlung von höheren Motorfahrzeugsteuern.
- Das Bundesgericht negiert im Weiteren den Umstand, dass **das Verwaltungsgericht selber im Schriftenwechsel die Auffassung äusserte, der Regierungsrat hätte auch das erste Abstimmungsergebnis bestätigen können, nachdem die Nachkontrolle nicht mehr möglich war**. Im Widerspruch dazu geht das Bundesgericht davon aus, die erste Abstimmung sei durch das Verwaltungsgerichtsurteil aufgehoben worden.
- Die Ausführungen des Bundesgerichts überzeugen nicht und die diesbezügliche Begründung fällt sehr dürftig aus. Es fehlt im Entscheid an einer echten, vertieften Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Abstimmungswiederholung.

Analyse der eidgenössischen Wahlen 2011 – Ein Kurzüberblick

Ausgangslage

Zu Beginn des Wahljahres war das politische Umfeld optimal: Durch die Krise in Europa konnte die SVP das EU- und das Zuwanderungsthema offensiv angehen. Fukushima und die Frankenstärke waren dann aber für die SVP ungünstig. Die neuen Parteien BDP und GLP konnten dagegen profitieren, da sie durch ein wenig geschärftes Profil ohne grösseren Schaden auf den Zug aufspringen konnten. Selbst die Kehrtwende der BDP in der Atomfrage wurde der neuen Partei nicht zum Verhängnis. Kantonal konnte die SVP mit dem Sieg bei der Mühleberg-Abstimmung an den erfolgreichen Grossratswahlen anknüpfen und Stärke zeigen. Auch hier änderte sich aber das politische Umfeld mit Fukushima.

Wahlstrategie national und kantonal

Mit dem Slogan «Schweizer wählen SVP» versuchte die SVP Schweiz, am bisherigen Erfolgsrezept «Swissness» anzuknüpfen. Die Berner SVP schloss sich mit dem Slogan «Berner wählen SVP» an. So sollte die «Marke» SVP auch unabhängig von den Köpfen verkauft werden. Nach dem Erfolg der nationalen Kampagne 2007 wurde zur Sicherstellung der Mobilisierung erneut auf eine nationale Kampagne gesetzt. Die Kampagne «Masseneinwanderung stoppen» war mit Plakaten und Inseraten sehr präsent. Insbesondere die Massierung an den Bahnhöfen löste aber eine Kontroverse und Abwehrreaktion aus und es gelang nicht, die Diskussion auf die Botschaft hinter der Kampagne zu lenken und das politische Ziel zu erklären. Hauptinhalt der Diskussion war, viel Geld die Plakate kosteten. Zudem traute man der SVP weniger als früher zu, das von ihr aufgegriffene Ausländerproblem auch zu lösen. Ebenfalls misslang es, die Verbindung zwischen dem Sachthema und den Wahlen zu schaffen. Der Anschluss der SVP Kanton Bern an die schweizerische Kampagne und der Verzicht auf einen eigenständigen grafischen Auftritt erfolgte nicht zuletzt aus finanziellen Gründen. Leider gelang es dann aber auch nicht, thematisch wahrnehmbar eigene Akzente zu setzen.

Entschieden wurde, im Kanton Bern mit einer Einheitsliste anzutreten, da ein grosser Teil der SVP-Wählenden bei nationalen Wahlen die Marke und erst in zweiter Linie die Köpfe wählt und da damit am ehesten alle Kandidierenden (auch Frauen und Junge) die gleichen Chancen haben. Die Linienzuteilung erfolgte wie früher nach Landesteilen aufgrund eines arithmetischen und damit objektiven Schlüssels. Auf eine Favorisierung einzelner Kandidierender wurde verzichtet. Nationalrat Jean-Pierre Graber wurde auf eigenen Wunsch hin nicht kumuliert, auch wenn der Berner Jura Anspruch auf zwei Linien gehabt hätte. Negativ wirkte sich die Abgrenzung durch die FDP aus, welche national die Order an ihre Kantonalparteien gegeben hatte, keine Listenverbindungen mit der SVP einzugehen.

Wahlresultate

Die SVP blieb deutlich die stärkste Partei im Kanton und konnte ihre Sitzzahl im Nationalrat halten:

Partei	Wähleranteil 2011	Differenz zu 2007 %	Sitze 2011	Differenz Sitze
SVP	28.99%	-4.59	8	0
SP	19.33%	-1.85	6	0
BDP	14.88%		4	+2
FDP	8.66%	-6.46	2	-2
Grüne	9.41%	-3.48	3	0
EVP	4.17%	-1.27	1	0
glp	5.29%		2	2
EDU	3.10%	-0.45	0	-1
SD	0.56%	-0.97	0	0
CVP	2.07%	-1.62	0	-1

Es fehlten nur 859 Wähler bzw. 22'326 Parteistimmen bis zum angestrebten neunten Sitz. Die SP hingegen profitierte von Proporzglück.

Die Resultate bestätigen, dass die SVP mit einer sehr starken Liste antrat: Ihre 8 Gewählten finden sich betreffend Kandidatenstimmen auf den Rängen 1 bis 11. Der letztplatzierte SVP-Kandidat erreichte den 32. Rang von 545 Kandidierenden und mit 70630 Stimmen ein Resultat, mit welchem er 12 der gewählten Berner Nationalratsmitglieder geschlagen hätte.

Dank konsequenten Listenverbindungen gelang es den Linken, 2 Restmandate zu holen. Wäre die FDP, die SD oder die EDU dagegen bereit gewesen, mit der SVP eine Listenverbindung einzugehen anstatt alleine anzutreten, hätten sie damit die bürgerliche Seite gestärkt und der SVP zum neunten Sitz verholphen.

Am besten schnitt die SVP in den Verwaltungskreisen Obersimmental-Saanen (53.09%), Frutigen-Niedersimmental (39.18%) und Emmental (36.47%) ab. Am meisten zu kämpfen hatte sie im Agglomerationsverwaltungskreis Bern-Mittelland (22.37%). Die trotz den neu angetretenen Parteien nur geringen Wähleranteilsverluste in den Städten und grösseren Zentren sind aber ermutigend.

Wie bereits bei den Grossratswahlen konnte die SVP Kanton Bern auch bei den Nationalratswahlen Stabilität beweisen. Sie erlangte – wie immer bei nationalen Wahlen – einen höheren Wähleranteil als bei den Grossratswahlen. Anders die BDP, welche erstaunlicherweise gegenüber den Grossratswahlen wieder an Wähleranteil verlor.

Die konsolidierte Position zeigt sich am klarsten beim Zahlenvergleich auf kommunaler Ebene: Die SVP konnte ihren Wähleranteil gegenüber den Grossratswahlen in 256 Gemeinden steigern, blieb in 26 Gemeinden auf dem Stand von 2010 und verlor in 90 Gemeinden. Es kann spekuliert werden, dass die BDP dagegen bereits einen Teil ihrer Anziehungskraft als sogenannt «neue Kraft» eingebüsst hat: Sie konnte den Wähleranteil lediglich in 103 Gemeinden steigern, verblieb in 39 Gemeinden ungefähr auf dem Stand von 2010 und verlor in 230 Gemeinden an Wähleranteil.

Resultate auf schweizerischer Ebene

Trotz Einbussen bleibt die SVP auch national die mit Abstand stärkste Partei:

Partei	2011	2007	Differenz absolut	Differenz relativ
SVP	26.6%	28.9%	-2.3%	-8.0%
SP	18.7%	19.5%	-0.8%	-4.1%
FDP	15.1%	17.7%	-2.6%	-14.7%
Grüne	8.4%	9.6%	-1.2%	-12.5%
CVP	12.3%	14.5%	-2.2%	-15.2%
BDP	5.4%	-	5.4%	-
glp	5.4%	1.4%	4.0%	285.7%

Die FDP hat mehr Wähleranteil verloren als die SVP, die CVP nur unwesentlich weniger. Auch die SP hatte Wähleranteilsverluste zu verkraften und konnte ihre Mandate einzig aufgrund von Restmandaten retten und ausbauen, die sie wegen den konsequent eingegangenen Listenverbindungen sichern konnte. Punkto relativer Wähleranteilsverluste haben andere Parteien wesentlich schlechter abgeschnitten als die SVP. Die Mitteparteien FDP und CVP verloren deutlich mehr Wählerinnen und Wähler an die neuen Mitteparteien als die SVP.

Fazit

Das Wahlergebnis ist nicht so schlecht ausgefallen wie teilweise in der Berichterstattung dargestellt. Der geringfügige Verlust von rund 2% wurde zur medialen Sensation gemacht, obwohl die SVP mit Abstand stärkste Kraft im Land bleibt. Nach dem erstmaligen Wähleranteilsverlust seit 1991 bereits von einer Trendwende zu sprechen, ist falsch. Die Detailanalyse der lokalen Gegebenheiten zeigt, dass mit sorgfältiger Kleinarbeit und starken Köpfen nach wie vor Potential besteht, um Wähleranteile zu gewinnen.

Bei der künftigen Parteilarbeit sind die teilweise veränderten Bedürfnisse und Erwartungen der Wählenden sowie die gesellschaftlichen Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Wählenden haben genug von den Meinungsverschiedenheiten in der Politik. Sie bleiben zu Hause oder wenden sich in Teilen den neuen Kräften zu, die ruhiger (so genannt anständiger) politisieren und nicht klar fassbar sind. Auch sind viele frühere „SVP-Themen“ und „SVP-Forderungen“ „salonfähig“ geworden und im Mainstream angelangt. Die SVP ist also in diesen Gebieten nicht mehr konkurrenzlos.

Die SVP müsste aufgrund dieser Veränderungen zu einer besseren Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen finden, durchdachte Lösungen in fundierten Konzepten erarbeiten und solide präsentieren, sowie Köpfe zeigen, die bei aller Klarheit der Botschaften als kompetent, diskussionsbereit und lösungsorientiert wahrgenommen werden und die Partei in ihrer vollen Breite abdecken. So wird es gelingen, weiterhin erfolgreich für die Werte der SVP einzustehen.

Die Stadt Bern dominiert den Nationalrat – in rot-grün

Von den 26 Nationalräten, die der Kanton Bern im eidg. Parlament stellt, sind sage und schreibe 10 Stadtberner, davon nur zwei Bürgerliche. Von den Städten weiter vertreten sind Thun mit Ursula Haller, Lyss mit Corrado Pardini und Burgdorf mit Nadja Pieren. In dieser Verteilung zeigt sich einmal mehr klar die aussergewöhnliche Ausrichtung der Stadt Bern, Resultat einer Bevölkerungsentwicklung, welche unserer Hauptstadt und der SVP zu schaffen macht.

Trotz dieser Rot-Grün-Dominanz in der Stadt Bern zeigt die Bilanz der SVP in den städtischen Zentren, dass die Partei in Stadt und Land gleichermassen gute Resultate erzielen kann. Zwar konnte die SVP nicht von der steigenden Wahlbeteiligung profitieren. In den Zentren katastrophal abgeschnitten hat aber vor allem die FDP, die sich als urbane Partei versteht und graphisch und mit ihren Köpfen auch als solche auftritt. Sie verlor grosse Anteile an die BDP, hinter welche sie in Thun, Langenthal und Burgdorf zurückfiel.

Die Resultate spiegeln die lokalen Gegebenheiten sehr stark (Lokalmatadoren, Zuwanderungsproblematik und Schichtzugehörigkeit der Bevölkerung):

Impressum

Redaktion: Aliko M. Panayides, Bern, Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf:

Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25

Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25

E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch, Internet: <http://www.svp-bern.ch>

Layout: Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier: Utzenstorf Papier, Zeitungsdruck Edelweiss, Weisse 80, 60 gm2

Wähleranteile und Stimmbeteiligung Stadt Bern:

Partei	2011	2007	2003
SVP	12.15%	16.7%	14.5%
SP	30.52%	29.1%	38.5%
FDP	8.97%	15.7%	15.8%
Grüne	19.46%	24.9%	18.2%
EVP	2.59%	3.5%	3.4%
EDU	1.04%	1.2%	1.5%
SD	0.41%	1.2%	2.9%
CVP	2.97%	6.3%	3.9%
BDP	8.92%		
glp	8.23%		

2011: Stimmbeteiligung: 55.58%

2007: Stimmbeteiligung: 51.52%

2003: Stimmbeteiligung: 44%

Wähleranteile und Stimmbeteiligung Stadt Thun:

Partei	2011	2007	2003
SVP	25.51%	29.2%	25.0%
SP	19.56%	22.1%	30.9%
FDP	8.46%	13.8%	13.9%
Grüne	8.94%	14.1%	9.1%
EVP	5.30%	6.2%	5.7%
EDU	3.76%	4.2%	5.8%
SD	0.50%	2.2%	3.8%
CVP	2.28%	6.1%	3.6%
BDP	16.09%		
glp	6.27%		

2011: Stimmbeteiligung: 46.78%

2007: Stimmbeteiligung: 40.7%

2003: Stimmbeteiligung: 38%

Obwohl die BDP dank der prominenten Ursula Haller in Thun ein Spitzenresultat erzielte, gelang es der SVP, den Wähleranteil von 2003 wieder zu erreichen.

Wähleranteile und Stimmbeteiligung Stadt Biel:

Partei	2011	2007	2003
SVP	19.88%	20.1%	12.4%
SP	31.18%	32.2%	43.4%
FDP	8.76%	14.5%	14.3%
Grüne	14.68%	18.9%	13.5%
EVP	2.81%	3.6%	3.3%
EDU	1.46%	1.8%	1.9%
SD	0.33%	1.0%	1.5%
CVP	2.17%	4.2%	1.8%
BDP	7.43%		
glp	5.75%		

2011: Stimmbeteiligung: 39.04%

2007: Stimmbeteiligung: 39.05%

2003: Stimmbeteiligung: 34%

In Biel machte sich das Aufgreifen der Themen der Autopartei (Migration und Kriminalität) bezahlt. Es gelang, deren Wähleranteile, welche auf prominent sichtbaren Missständen in Biel gründen, für die SVP zu sichern und das gute Abschneiden von 2007 zu konsolidieren.

Die SVP Kanton Bern hat eine Arbeitsgruppe beauftragt, sich mit dem mittel- und langfristigen Aufbau in den Städten zu befassen. Allfällige Anregungen sind willkommen und können via Sekretariat an diese Arbeitsgruppe gegeben werden.

Achtung Mogelpackung – Nein zu unfairer Steuererhöhungsinitiative



Peter Brand, Grossrat und
Fraktionspräsident,
Münchenbuchsee

In der Märzsession hat der Grosse Rat die Initiative mit dem verführerischen Titel «Faire Steuern – für Familien» behandelt. Wer ist denn schon gegen faire Steuern und gegen Familien... Was uns aber hier serviert wird, ist eine Zumutung. Die Initiative enthält einen ungeniessbaren Cocktail von Steuererhöhungen sowie die vollständige Abschaffung der Pauschalsteuern für Ausländer. Konkret wollen die linken und grünen Parteien zusammen mit der EVP die auf den 1. Januar 2011 bzw. 1. Januar 2012 in Kraft getretenen minimalen Senkungen bei den Einkommenssteuern und bei den Vermögenssteuern wieder rückgängig machen. Dies bedeutet schlicht und einfach eine Steuererhöhung. Als Zückerchen will die Initiative den Kinderabzug ein weiteres Mal erhöhen. Gleichzeitig soll auch die Vermögenssteuerbremse unattraktiv gemacht werden. Diese ist der letzte Trumpf, den der Kanton Bern im interkantonalen Steuerwettbewerb noch hat. Sie verhindert, dass die Substanz von Vermögen (z.B. bei KMU-Geschäftsbetrieben) angezapft werden muss, damit die steuerpflichtige Person ihre Steuern auf dem Vermögen bezahlen kann.

Die Linke will dem Kanton Bern definitiv den Stempel «Hochsteuerkanton» aufdrücken. Schon heute stehen wir im interkantonalen Steuervergleich miserabel da. Steuererleichterungen und nicht **Steuererhöhungen** wären dringend nötig. Vor diesem Hintergrund hat sich die SVP-Grossratsfraktion in der Kommission und auch im Plenum des Grossen Rats mit Nachdruck für eine Ablehnung der Initiative eingesetzt.

Unser Sprecher, Andreas Blank, hat eindrücklich aufgezeigt, dass der Kanton Bern nicht ein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Schon seit Jahren betonen wir bei allen Finanzdebatten immer wieder, dass die Ausgaben des Kantons ständig weiterwachsen. Von Sparen im Sinne einer Ausgabenreduktion kann keine Rede sein.

Trotz der marginalen Steuer-senkungen sind im Übrigen auch die Steuereinnahmen ständig gestiegen, auch wenn dies seitens der Linken und seitens der Regierung geflissentlich übersehen wird. Eine Steuererhöhung kommt für die Fraktion unter diesen Voraussetzungen unter keinen Umständen in Frage.

Die SVP-Fraktion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass der Steuererhöhungsinitiative ein vernünftiger Gegenvorschlag gegenübergestellt wird. Dieser Gegenvorschlag konnte nun in der Märzsession mit Hängen und Würgen verabschiedet werden. Der Gegenvorschlag verzichtet auf die von der Initiative geforderten Steuererhöhungen und die Verschärfung der Vermögenssteuerbremse. Wie die Initiative enthält der Gegenvorschlag die erneute Erhöhung des Kinderabzugs. Hin-

gegen soll die Pauschalbesteuerung für Ausländer beibehalten, aber verschärft werden. Die Ausländer müssen neu mindestens den siebenfachen Eigenmietwert ihrer Liegenschaft (bisher fünf-facher Eigenmietwert) oder, wenn der siebenfache Eigenmietwert tiefer ist, einen Betrag von mindestens Fr. 400'000.00 als Einkommen versteuern. Zusammen mit der FDP haben wir uns in diesem Punkt dafür eingesetzt, dass der Mindestbetrag auf Fr. 200'000.00 festgesetzt wird. Die SVP-Fraktion hat sich von den plausiblen Argumenten und Zahlen der Vertreter des Oberlands überzeugen lassen. Einige der Gründe für uns, für die tiefere Limite zu kämpfen, waren die folgenden:

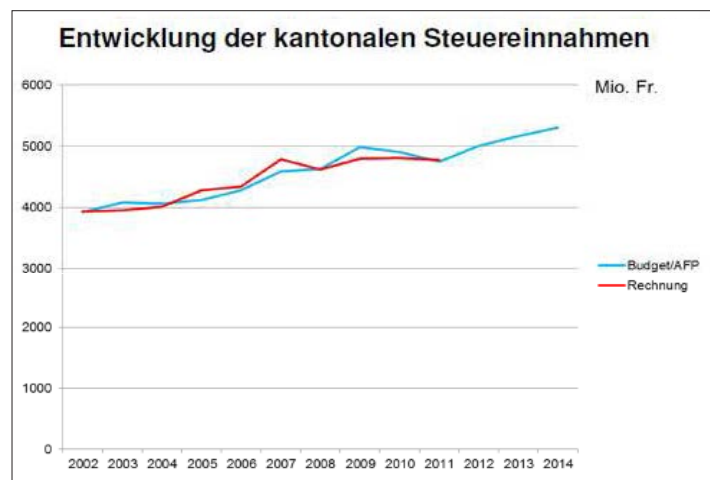
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung der pauschalbesteuerten Ausländer ist in einigen Teilen des Oberlands sehr gross
- Die pauschalbesteuerten Ausländer zahlen nicht nur im Kanton Bern, sondern auch im Ausland auf ihren Einkommen Steuern
- der Kanton Bern schneidet auch in diesem Bereich im interkantonalen Vergleich schlecht ab.

Leider konnten wir uns im Grossen Rat nicht durchset-

zen, weil die BDP zusammen mit der Linken den Mindestbetrag verdoppeln half...

Es ist uns deswegen dann nur mit grosser Mühe gelungen, dem Gegenvorschlag zum Durchbruch zu verhelfen. Erst nach zähen Verhandlungen haben wir es nämlich geschafft, die FDP zu überzeugen, sich in der Schlussabstimmung über den Gegenvorschlag zu enthalten und diesem dadurch zum Durchbruch zu verhelfen. Die Annahme des Gegenvorschlags in der Volksabstimmung hätte den Vorteil, dass das Thema Pauschalbesteuerung definitiv geregelt wäre und nicht bei der nächsten Steuergesetzesrevision Ende Jahr schon wieder auf dem Tisch läge. Auch wenn der Gegenvorschlag nun – wegen der BDP – nicht in allen Teilen den Wünschen der SVP-Fraktion entspricht, bleibt zu hoffen, dass ihm das Berner Volk am 23. September 2012 zustimmen wird. Nur so kann verhindert werden, dass die linken und grünen Parteien auch im Bereich Steuern definitiv das Ruder in die Hand nehmen und der Kanton Bern im interkantonalen Steuerwettbewerb noch weiter an Boden verliert.

Peter Brand



Quelle: Berner KMU

Engagierte SVP-Frauen stellen sich vor



Marlène Geiser: Konsequent und ausdauernd

Marlène Geiser verfügt über grosse politische Erfahrung. Sie war langjährige Gemeinderätin in Bolligen und ist Mitglied in zahlreichen politischen Organisationen.

Womit hast du dein erstes Geld verdient?

Ich habe Katzen und Hunde gehütet.

Weshalb engagierst du dich in der SVP?

Die SVP Sektion Bolligen war die erste bürgerliche Partei, die mich vor 20 Jahren für eine Mitgliedschaft angefragt hatte. Aus geschäftlichen Gründen wäre ich niemals der SP beigetreten.

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher gebracht?

Ich habe in den 20 Jahren meiner Tätigkeit für die Partei enorm viel gelernt. Wenn ich mir all diese Fähigkeiten in Kursen hätte aneignen müssen, wäre mich das sehr teuer gekommen. Vor allem in meiner Funktion als Gemeinderätin habe ich gelernt, überzeugend aufzutreten. Auch durch die Mitgliedschaft in zahlreichen weiteren Gremien habe ich sehr viel Führungserfahrung gesammelt.

Du hast drei Wünsche frei...

Lange geistig und körperlich gesund zu bleiben, möglichst viel reisen zu können, mehr Gerechtigkeit und Rücksichtnahme der Menschen allgemein.

Mit wem würdest du gern mal essen gehen?

Herr Beda M. Stadler, Immunologie Universität Bern

Worauf würdest du niemals im Leben verzichten?

Auf mein Zuhause – der Ort, wo ich hin gehöre.

Was bringt dich auf die Palme?

Ungerechtigkeit. Leute, die nach unten treten und nach oben buckeln. Wenn ich das Gefühl habe, für dumm verkauft zu werden.

Was rätst du Frauen, die sich politisch engagieren möchten?

Viel Durchhaltevermögen, dran bleiben, konsequent sein, Dinge bis zum Schluss durchziehen auch wenn nicht alles sofort gelingt. Sich nicht von Kleinigkeiten verunsichern lassen.

Steckbrief

Name: Geiser Marlène

Wohnort: 3065 Bolligen

Geburtstag: 20.11.1950

Beruf: dipl. med. Laborantin

Hobbys: Aquarellmalerei, Gartenarbeit, Politik, Reisen

Politische Funktionen: Vorstand SVP Frauen Kanton Bern, Vorstand SVP Mittelland, Vorstand SVP Mittelland-Nord, Delegierte SVP Kanton Bern



Sandra Schneider: Geradlinig und zielstrebig

Sandra Schneider kandidiert im September für den Bieler Stadtrat.

Womit hast du dein erstes Geld verdient?

Mit Babysitten. Ich war damals in der 7. Klasse und habe 5 Franken pro Stunde erhalten.

Weshalb engagierst du dich in der SVP?

Ich bin jedes Parteiprogramm bezüglich der Haltung zu Sicherheit, Finanzen/Wirtschaft durchgegangen. Dabei hat mich jenes der SVP am meisten überzeugt. Mir gefällt die Geradlinigkeit der Partei. Die SVP steht zu unserer Schweiz und will sie nicht verkaufen.

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher persönlich gebracht?

Ich habe in der Region Biel-Seeland viele interessante Persönlichkeiten kennen gelernt. So zum Beispiel in der Stadt Biel, als ich mit Behördenvertretern die Probleme im Sicherheits- und Drogenbereich angesprochen habe. Ich habe gelernt, politische Instrumente einzusetzen, zudem spürt man durch die politische Arbeit wie das Volk «tickt». Die politische Arbeit hilft auch, eine gute

Menschenkenntnis zu erwerben.

Du hast drei Wünsche frei....

Mehr Sicherheit, strengere Regeln bei der Migration und weniger Steuern in Biel.

Mit wem würdest du gern einmal essen gehen?

Mit SVP-Nationalrat Lukas Reinmann, weil er als junger Politiker bereits in den Nationalrat gewählt wurde. Er könnte mir sicher viele nützliche Tipps geben.

Worauf würdest du nie im Leben verzichten?

Meinen Freund und meine Familie, meinen Humor und mein i-Phone.

Was bringt dich auf die Palme?

Hintergangen zu werden, oder wenn privates Eigentum beschädigt wird, beispielsweise durch politische motivierte Sprayereien.

Wo siehst du dich in zehn Jahren?

Verheiratet, Mutter von zwei Kindern, Mitglied im Bieler Stadtrat oder im Grossen Rat.

Steckbrief

Name: Schneider Sandra

Wohnort: 2500 Biel/Bienne

Geburtstag: 11.12.1991

Beruf: Kauffrau

Hobbys: Lesen, Reisen, Politik

Politische Funktionen: Präsidentin JSVP Biel-Seeland, Vorstand SVP Biel, Vorstand SVP Biel-Seeland, Vorstand JSVP Bern, Mitglied AUNS

EINLADUNG

zum Sommeranlass der SVP Senioren, 8. August 2012, 13.45 Uhr

13.45 Uhr, Besammlung bei Dufourkaserne Thun, Tor 20 Haupteingang

14.00 Uhr, Besichtigung Panzersimulatoren

16.00 Uhr

Referat Grossrat Manfred Bühler zur Volksinitiative: "Sicheres Wohnen im Alter"
anschliessend Zvieri (Zvieriteller Fr. 15.–)

Anmeldungen mit/ohne Zvieri bis 6. August 2012 bitte an den Präsidenten

Rudolf Graf, Postfach 55, 4912 Aarwangen, info@graf-krummenacher.ch

Tel. 062 919 40 40 / Fax 062 919 40 44

Alle SVP-Mitglieder und -Sympathisanten mit ihren Verwandten und Bekannten sind freundlich eingeladen.

Voranzeige zum 3. Berner SVP- Frühschoppen

**Sonntag, 28. Oktober 2012,
10.00 Uhr im Hotel National
Hirschengraben 24, Bern**

Programm

- 10.00 Uhr Eintreffen der Teilnehmer
Kaffee und Gipfeli
Musikalische Begrüssung
durch das Schwyzerörgelquartett «Hasepfäffer»
- 10.30 Uhr Begrüssung und Programmansage
- 11.00 Uhr Hauptreferat von Nationalrätin Nadja Pieren
anschliessend Fragen aus dem Publikum
- 12.00 Uhr Mittagessen – Musikalische Unterhaltung
- 13.15 Uhr Podiumsdiskussion unter der Leitung von
Rudolf Burger, Redaktor «Der Bund»
Teilnehmer:
Peter Brand, Grossrat, Fraktionspräsidenti SVP
Adrian Kneubühler, Grossrat, Fraktionspräsident FDP
Dieter Widmer, Grossrat, Fraktionspräsident BDP
Alfred Schneiter, Grossrat, Fraktionspräsident EDU
anschliessend Fragen aus dem Publikum
- 14.15 Uhr Schlusswort von Nationalrat Rudolf Joder, Präsident
der SVP Kanton Bern



**Hauptreferat
von Nationalrätin
Nadja Pieren
SVP Burgdorf**

zum Thema

Bürgerliche Zusammen- arbeit im Kanton Bern – Illusion oder Notwendigkeit?



Peter Brand
Grossrat SVP, Münchenbuchsee



Adrian Kneubühler
Grossrat FDP, Nidau



Dieter Widmer
Grossrat BDP, Wanzwil



Alfred Schneiter
Grossrat EDU, Thierachern